

presse

Bundesregierung ignoriert Interessen des Wassertourismus

Zur Vernachlässigung der Interessen der Wassersportverbände bei der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erklärt der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Hacker:

Die Bundesregierung setzt sich bei ihrem zweiten Entwurf zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung über die Interessen von 5.000 Mitgliedsvereinen und über 800.000 Mitgliedern des organisierten Wassersports in Deutschland hinweg.

Auch in ihrem zweiten Bericht vom 27. April 2011 gibt es keine klare Positionierung wie der Wassersport und Wassertourismus in der künftigen Struktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Berücksichtigung finden soll.

Die Bundesregierung setzt sich mit ihren Reformvorstellungen über die Belange der Sport- und Freizeitschifffahrt hinweg. Völlig unklar ist, welche negativen Wirkungen aus der geplanten Entwidmung, Renaturierung und dem Nutzungsentzug im bisherigen Bundeswasserstraßennetz eintreten werden. Damit ist auch der Werterhalt unzähliger Investitionen der Vereine in Sporthafen- und Vereinsanlagen infrage gestellt.

In besonderer Weise sind von dem Reformvorhaben der Bundesregierung die Wassersportvereine in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin betroffen, deren "Wasserstraßennetz" fast vollständig in die Kategorie Wassertourismusnetz eingestuft werden soll.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, bei der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung die Interessen der Sport- und Freizeitschifffahrt in Deutschland zu berücksichtigen und klare Aussagen zum Erhalt des Wassertourismusnetzes zu geben. Das deutsche

Wassertourismusnetz muss ganzheitlich als Teil des europäischen Wasserwegenetzes betrachtet und entwickelt werden. Darauf haben auch die gemeinnützigen Wassersportvereine und viele Ehrenamtler einen begründeten Anspruch.